

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Prof. Dr. Sabel, Hoflieferant, Dr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, No. 121/2, in Firma J. Seemann, Wilhelmplatz 8. Verantwortlicher Redakteur: E. Fontane in Posen.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Joh. Hoffe, Saasenstein & Pögel S. 4. G. J. Paub & Co., Invalidenthal. Verantwortlich für den Inseratenteil: J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Nr. 128

Sonnabend, 20. Februar.

1892

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, an den Sonntagen und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,40 M. für ganz Preussland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate, die schlagendste Zeitstelle oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an Sonntagen und Feiertagen 30 Pf., werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Deutscher Reichstag.

177. Sitzung vom 19. Februar, 2 Uhr. (Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Vorlage betr. die **Gesellschaften mit beschränkter Haftung.**

Zur Begründung der Vorlesung bemerkt Staatssekretär Dr. **Bosse**: Der Entwurf verbandt seine Entstehung der Anregung des Reichstages. Ueber das Ziel sind alle beteiligten Kreise einig; der Entwurf sucht es auf einem möglichst einfachen Wege zu erreichen. Ich hoffe, daß hier durch die Schaffung einer neuen Form des Gesellschaftsrechts einmal ein wirkliches Bedürfnis unseres Verkehrslebens befriedigt wird.

Abg. **Dechselhäuser** (nl.) begrüßt den Entwurf ebenfalls als die Befriedigung eines dringenden Bedürfnisses. Die Abweichungen von den Vorschlägen des deutschen Handelstages gereichen dem Entwurf nur zum Vortheil. Daß ein vollkommen neues Gesetz vorgelegt werde, das sich nicht, wie es der Handelstag vorgeschlagen habe, an die Handelsgesellschaften anlehne, sei vor allem ein Vorzug. Der Entwurf fülle die Lücke zwischen der offenen Handelsgesellschaft und der Aktiengesellschaft in richtiger Weise aus. Er sei eine dankenswerthe Ergänzung des Genossenschaftsgesetzes und werde namentlich dem kleinen Mann, den Handwerker und Arbeiter den finanziellen Zusammenschluß zu produktiver Tätigkeit erleichtern. Redner beantragt Kommissionsberatung.

Abg. **Sulzsch** (Rp.) schließt sich der Anerkennung des Vorredners in allen Punkten an.

Abg. **Sahn** (Betr.) ist mit dem Ziele, welches der Entwurf verfolgt, ebenfalls einverstanden, hält ihn aber in Einzelheiten für verbesserungsbedürftig. Er hätte lieber gesehen, wenn man mit dem Entwurf bis zur Fertigstellung des bürgerlichen Gesetzbuches gewartet hätte.

Abg. **v. Sellendorff** (L.) ist mit der Kommissionsberatung einverstanden und hofft, daß ein reichhaltiges Gesetz zu Stande kommen werde.

Abg. **Schenk** (Bf.) tritt der Anerkennung, welche die Abgg. Dechselhäuser und Sulzsch der Vorlage gezollt haben, bei. Sie befreit ein wirkliches Bedürfnis. Die Entwicklung in Handel und Industrie treibe auf Vergegesellschaftung der persönlichen Arbeitskraft hin, für welche bisher keine gesetzliche Form bestanden habe. Eine solche Vergegesellschaftung sei nur in der Form der beschränkten Haftung möglich. Einzelheiten würden in der Kommission geändert werden können.

Die Vorlage wird einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Darauf wird die zweite Berathung des **Militäretats** fortgesetzt mit dem Extraordinarium.

Bei Titel 1 giebt

Abg. **Richter** (Bfr.) im Namen seiner Partei folgende Erklärung ab: Wenn wir uns enthalten, besondere Abstriche beim Extraordinarium im Einzelnen zu beantragen, so wollen wir damit nicht die Verantwortlichkeit übernehmen, für die Bewilligung des Extraordinariums in großem Umfange, wie es von der Mehrheit der Kommission bewilligt ist, sondern weil nach den Verhandlungen der Budgetkommission und bei der Stimmung der ausschlaggebenden Parteien solche Versuche von vorn herein aussichtslos erscheinen. Sollten von anderer Seite weitere Abstriche beantragt werden, so behalten wir uns vor, uns denselben anzuschließen.

Es giebt eine Reihe von Titeln, deren Bewilligung die Kommission beantragt, die wir grundsätzlich nicht für gerechtfertigt halten. Wir haben uns immer ausgesprochen gegen den Bau besonderer Militärkirchen, weil wir eine Trennung der Zivil- und Militärbevölkerung im Gottesdienst nicht für gerechtfertigt halten. Ebenso sind wir gegen die Bildung besonderer Offizierskasinos. Wir halten ferner nicht für gerechtfertigt die Kasernierung von Unteroffiziersfamilien in dem Umfange, wie sie gegenwärtig stattfindet. Wir können weiterhin nicht alle Kasernenbauten, die hier in Vorschlag gebracht sind, zur Zeit für so dringlich erachten, um die Verantwortlichkeit für die Bewilligung übernehmen zu können. Was jedoch die großen Beschaffungen von Vorräthen für den Kriegsfall betrifft, so haben wir für eine Anzahl dieser Postitionen gestimmt, sind aber der Meinung, daß die Nothwendigkeit derselben nicht überall gleichmäßig dringlich ist. Es wird sehr leicht möglich sein, diese Beschaffungen auf einen größeren Zeitraum zu vertheilen.

Wir sind also der Ansicht, daß aus militärischen Gründen eine erhebliche Beschränkung dieses Extraordinariums zulässig wäre, und wir halten aus finanzpolitischen Gründen eine solche Beschränkung des Extraordinariums für angebracht. Wir sind der Meinung, daß das Ergebnis der letzten Reichsanleihe nicht dazu führen darf, den Reichskredit allzu günstig zu beurtheilen, zumal hier ganz besondere Anstrengungen gegenüber öffentlichen Instituten gemacht worden sind, um diese zur Beihilfung an der Anleihe heranzuziehen. Wir vergegenwärtigen uns, daß, wenn die Anleihe in dem geforderten Umfange auf Grund des Extraordinariums bewilligt wird, alsdann zusätzlich der noch ausstehenden Restcredite der Schatzsekretär im nächsten Jahre in die Lage kommen kann, in noch größerem Umfange den öffentlichen Kredit für Reichszwecke zu beantragen als bisher. Je mehr aber solche große Finanzmaßnahmen des Reichskredits für Militär- und Marinezwecke sich wiederholen, desto nachtheiliger können die Folgen werden für unsere ganze volkswirtschaftliche Entwicklung und alle Verhältnisse des Erwerbslebens. (Beifall links.)

Nach dem Antrage der Budgetkommission werden hierauf im Ordentlichen Etat des Extraordinariums gefürhten die Forderungen für einen Erweiterungsbau des Bezirkskommandos und der Landwehrinspektion sowie den Neubau eines Fahrzeugschuppens in Berlin, für den Neubau eines Wohngebäudes für den Gardekorps Kommandeur und Gouverneur in Berlin, von Kasernen in Oppeln, Paderborn, Köln, Darmstadt, von Kommandantur-Dienstgebäuden in Danzig, Graudenz,

für Gerätheausstattung von Kasernen in Blankenburg und Stolp, für den Bau eines Exerzierhauses für die Unteroffizierschule in Potsdam, Pferde stallbaracken auf dem Artillerie-Schießplatz bei Zeithein, und abgesetzt 100 000 M. von der Forderung für die Erweiterung des letzteren. Insgesamt betragen diese Abstriche 743 880 M.

Die Forderung von 500 000 M. für den Neubau eines Dienstgebäudes für die Artillerie-Prüfungs-Kommission in Berlin (zweite Rate) hat die Kommission zu streichen beantragt. Auf Grund einer später durch die Kommission vorgenommenen Besichtigung des alten Dienstgebäudes beantragen nunmehr Mitglieder sämtlicher Parteien aus der Kommission die Bewilligung der Forderung.

Der Titel wird demgemäß bewilligt.

Im außerordentlichen Etat des Extraordinariums werden nach dem Antrage der Kommission abgesetzt von der Forderung für Unterbringungsräume für das neue Artilleriematerial die Hälfte, 861 450 M., von der Forderung für Beschaffung von Handwaffen 2 925 000 M. An Forderungen für gleiche Zwecke werden im sächsischen Etat abgesetzt 321 000 M., im württembergischen Etat 142 000 M.

Damit ist die zweite Berathung des Militäretats erledigt und die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr (Telegraphengesetz, Wahlprüfungen.) Schluß 4 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung vom 19. Februar, 11 Uhr. (Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die zweite Berathung des **Eisenbahnetats** Kap. „Einnahmen“ wird fortgesetzt.

Dazu liegt der schon mitgetheilte Antrag Brömel auf baldige Reform der Personentarifse vor.

Die Berathung erstreckt sich jetzt nur auf die Frage der Personentarifse gemäß der bereits gestern erwähnten Zweitheilung des Kap. 1. (Einnahmen aus dem Personen- und Güterverkehr).

Berichterstatter Abg. **v. Tiedemann**-Domst erwähnt die Reform der Personentarifse für den Berliner Vorortverkehr, der die billigsten Tarife der Welt aufweise. In der Kommission habe der Minister die Erklärung abgegeben, daß Verhandlungen mit den übrigen deutschen Staaten über eine einheitliche Regelung der Personentarifse schweben. Es würde daher nicht angebracht sein, daß das Haus schon heute definitiv zu dieser Frage Stellung nehme.

Abg. Dr. **Brömel** (Bfr.): Die Steigerung der Einnahmen aus dem Personenverkehr ist nach meiner Ansicht zu hoch angenommen worden. 1887/88 hat man eine Steigerung von 1,7 Proz., im folgenden Jahre von 3 Proz., sodann von 3 1/2 Proz. und von 4 Proz. angenommen. Jetzt nimmt man eine Steigerung von 5 Proz. an. Man wäre zu einer solchen Annahme nicht gekommen, wenn man, wie im übrigen Etat, den Durchschnitt der letzten drei Jahre zur Grundlage angenommen hätte. Für die Berechnung waren die Verhältnisse der Jahre 1889/90 und 1890/91 maßgebend, aber die Zeit war eine Zeit der kolossalen Verkehrssteigerung, die nicht maßgebend sein darf. Schon der letzte Sommer ergab eine Minder-einnahme, weil in Folge der Theuerung viele ihre gewohnte Erholungsreise aufgeben mußten. In einer Zeit, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse so ungünstig liegen, hätte die Staatsbahnverwaltung eine solche Steigerung nicht annehmen dürfen. Während in den vorausgegangenen Jahren thatsächlich eine Steigerung von 7,33 und 5 1/2 Proz. erfolgt war, nahm man im Etat doch nur eine Steigerung von 3 und 4 Proz. an. Hier aber geht man ohne jeden Grund darüber hinaus in einer Zeit wirtschaftlicher Depression. Der Etat für die sächsischen Eisenbahnen sieht nur eine Steigerung von 2 1/2 Proz. vor. Ich nehme nicht an, daß die Etatsausstellung durch einen sanften Druck des Finanzministers auf den Eisenbahnminister erfolgt ist. Aber mir scheint doch eine gewisse Suggestion, ein geheimes Zusammenhängen zwischen der Eisenbahnverwaltung und der allgemeinen Finanzverwaltung vorzuliegen. Der Finanzminister hat's gedacht, der Eisenbahnminister hat's gemacht. (Heiterkeit.)

Die Konservativen wehren sich gegen jede Verkehrs-erleichterung, sie halten die Tarife schon für zu niedrig. Glauben die Herren denn, daß die Tarife so billig sind, daß man durch das Land nur so hummeln kann? Wenn man erwägt, daß ein großer Theil des Verkehrs sich auf den lebhaften Vorortverkehr, auf Erholungsreisen bezieht, was bleibt da noch übrig, um den Vorwurf des leichtsinnigen Umherfahrens der Arbeiter zu rechtfertigen. Aber es scheint in diesen Ansichten der Konservativen das Bestreben zu liegen, die Arbeiter der östlichen Provinzen an ihre Scholle zu fesseln (sehr richtig! links). Demgegenüber müssen wir darauf dringen, daß Jedem möglichst erleichtert werde, seine Arbeitskraft vorthellhaft zu verwerthen. Die Staatsbahnverwaltung will ja das auch, wie sie versichert, sie will den wirtschaftlichen Interessen dienen. Der Minister v. Maybach hat ja auch ein Reformprojekt ausgearbeitet. Aber dieses Projekt ist noch nicht einmal dem Landes-eisenbahnamt vorgelegt worden, und die Bevölkerung weiß davon nichts Genaues. Das Abgeordnetenhaus hat auch nichts erfahren, die Vorschläge sind nicht dem Hause vorgelegt worden. Man ist dabei durchaus bürokratisch verfahren. In anderen Ländern, wie z. B. in Bayern hat man die Vorschläge zuerst der Kammer unterbreitet, und ich selbst als preussischer Abgeordneter habe mich an die bayerische Abgeordneten-kammer wenden müssen, um das Material zu erlangen. Der jetzige Eisenbahnminister befindet sich ja in schlimmer Lage, denn er hat sein Amt in einer Zeit angetreten, wo die Wendung zum Schlimmeren eintrat. Aber trotzdem hat er anerkannt, daß die Personentarifse einheitlicher und billiger gestellt würden.

Ich glaube, daß der Reformplan des Ministers von Maybach eine geeignete Grundlage für eine solche Gestaltung abgiebt. Abgesehen von den darin herrschenden rein finanziellen Gesichtspunkten muß ich die Beibehaltung der vierten Wagenklasse als einen Vorzug des Maybach'schen Planes ansehen.

Die bayerische Regierung konnte sich zu der Einführung der vierten Wagenklasse nicht entschließen, lediglich aus finanziellen Rücksichten, weil die Anschaffung von Betriebsmitteln zu viel Kosten verursachen würde. Die Vereinfachung des Gepäcktariifs würde einerseits mit Ersparnissen, andererseits mit einer großen Vereinfachung des Verkehrs verbunden sein. In Oesterreich war diese Vereinfachung des Gepäcktariifs von der besten Wirkung. Thatsächlich würde die Durchführung der Tarifermäßigungen nicht Ausfälle zur Folge haben. Das beweisen die Ergebnisse derjenigen Staaten, welche solche Ermäßigungen eingeführt haben. Nun wendet der Minister gegen die Reform des Personentariifs ein, daß sie nicht so dringend sei, daß die Reform der Gütertarife viel notwendiger sei. Zunächst möge er aber bedenken, daß die Personentarifse jetzt viel zu hoch und viel zu verwickelt sind. Sodann unterschätzt der Minister aber auch den wirtschaftlichen Nutzen, den die Erleichterung des Personenverkehrs haben müßte. Eine Ermäßigung der Gütertarife andererseits würde zum großen Theil weniger wirtschaftlichen, als einen gewissermaßen persönlichen Nutzen haben. Denn diese Ermäßigung braucht nicht die Erschließung neuer Abgabegebiete mit sich zu bringen. In der bayerischen Kammer ist auch hervorgehoben worden, daß eine Ermäßigung der Personentarifse mindestens ebenso wichtig ist wie die der Gütertarife. Hat doch auch der Geh. Rath Ulrich im preussischen Eisenbahnministerium die Einführung des ungarrischen Personentariifs als eine wirtschaftlich erfreuliche Maßregel bezeichnet.

Es wird gegen die Ermäßigung der Personentarifse eingewendet, daß sie eine Steigerung des Verkehrs herbeiführen würde, der nicht zu bewältigen ist. Eine veränderte Reform würde es zu diesem Uebelstande nicht kommen lassen. Wird aber wirklich eine solche Steigerung vorhergesehen, so kann man doch wieder nicht, wie das von Gegnern der Reform gethan wird, von einem Einnahmeausfall sprechen. Daß die Tarife jetzt zu hoch sind, beweist der Umstand, daß für die dritte Wagenklasse in Oesterreich die Zurücklegung von 20 Kilometern 34 Pf. kostet, in Ungarn 43 Pf., in Bayern 70 Pf. und in Preußen 80 Pf. Das Umgekehrte ist der Fall bezüglich der zweiten Klasse; die Tarife für Rückfahrarten zweiter Klasse in Preußen sind niedriger als in Bayern, Oesterreich und Ungarn. Das ist doch ein Widerspruch, daß in der dritten Wagenklasse, die von den unbemittelten Klassen benutzt wird, die Tarife höher sind als anderswo, in der zweiten Wagenklasse die Tarife aber viel niedriger sind. Das ist bezeichnend für das preussische Staatsbahnsystem. In Oesterreich ist man verständiger vorgegangen. Dort sind die Tarife für die zweite Klasse auch verhältnismäßig höher als in der dritten. Die kolossale Zunahme des Verkehrs in der vierten Klasse, welche das Verhältnis der Zunahme in den anderen Klassen bei weitem übersteigt, beweist, wie nothwendig es ist, die Tarife, insbesondere für die dritte Wagenklasse zu erniedrigen, damit nicht immer mehr Leute in die vierte Klasse gezwungen werden. Der Verkehr in der vierten Wagenklasse ist in so hohem Grade gestiegen, trotzdem die Leistungen der preussischen Staatsbahnverwaltung für diese Klasse weit geringer sind als die Leistungen der österreichischen Staatsbahnverwaltung für die dritte Klasse.

Wie lange will die preussische Volksvertretung dem zusehen und es zulassen, daß eine Reform ad calendas graecas aufgehoben werde? Man möge doch wenigstens in einem abgeschlossenen Dis- rektionsbezirk den Versuch zu einer Reform machen. Ich will vorläufig nicht weitergehende Reformen, als der Minister v. Maybach sie anzubahnen versucht hat. Würde ich nicht wenigstens diese Reform befürwortet haben, so hätte ich gefürchtet, mich mitschuldig zu machen an der Minderwertigkeit des preussischen Staatsbahnsystems, mich mitschuldig zu machen an der Hinausschiebung einer Reform, die so dringend ist und nicht bloß im wirtschaftlichen Interesse nothwendig ist, sondern die bestehenden Ungerechtigkeiten beseitigen soll. (Beifall links.)

Minister **Thielen**: Die Einnahmen aus dem Personenverkehr sind nicht so hoch veranschlagt. Bis Ende Januar hat der Personenverkehr schon eine Steigerung von 4,56 Prozent ergeben; der Anschlag ist also schon fast erreicht. Die Steigerung des Personenverkehrs in den beiden letzten Jahren gegen den Etat hat 8 und 9,4 Prozent betragen. Der Personenverkehr ist also in fortwährender Steigerung begriffen, und wir dürften deshalb eine geringere Steigerung von 5 Prozent auf keinen Fall annehmen. Eine Einwirkung seitens des Finanzministers ist nicht erfolgt.

Das Reformprojekt meines Amtsvorgängers ist dem Hause nicht mitgetheilt, weil es nur ein Entwurf, ein Fühler war, der nur zu einer Erörterung in den technischen und wirtschaftlichen Kreisen herausforderte, und auch lebhafteste Ausstellungen hervorrief. Die Erörterungen und Untersuchungen werden fortgesetzt und werden veröffentlicht werden, wenn sie zu einem Resultate geführt haben werden. Wenn die finanziellen Untersuchungen der Vorschläge der Bezirks-eisenbahnräthe abgeschlossen sein werden, wird der Landes-eisenbahnrat mit der Sache betraut werden.

Das jetzige System der Personentarifse wird nicht beibehalten werden können. Die Buntschichtigkeit derselben wird zu einer Reform herausfordern. Ich bestreite nur, daß diese Reform eine so dringende ist, daß sie bei der jetzigen finanziellen Lage des Staates und, da die Sache noch nicht so abgeklärt ist, sofort vorgenommen werden müßte. Auch wenn der Antrag Brömel angenommen werden würde, könnten wir zur Zeit mit einer Reform noch nicht vorgehen. Der Personenverkehr ist sehr gestiegen. Wir stehen in Bezug auf die Dichtigkeit unseres Personenverkehrs den anderen Staaten nicht nach; nur Sachsen ist uns etwas über, wegen seiner dichten Bevölkerung, und ebenso können wir der Main-Neckar-Bahn nicht nachkommen. Ich bestreite auch, daß die jetzigen Personentarifse der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes Hemmnisse in den Weg legen. (Sehr richtig! rechts.) Herr Brömel hat ganz inkommensurable Größen zum Beweise seiner Behauptung angeführt. In Oesterreich forderte der Rückgang des Personenverkehrs zu einer Reform heraus, während bei uns der Verkehr sich steigerte. Aber selbst jetzt erreichen die österreichischen Bahnen die Durchschnittseinnahmen der preussischen Eisenbahnen noch nicht.

Man darf sich bezüglich des Personenverkehrs auch nicht bloß

an die Tariffrage lauten, sondern muß auch die Verkehrs-
gelegenheiten in Berücksichtigung ziehen. Die Zugfrequenz
ist bei uns viel höher als in Ungarn, es ist die vierte Klasse auf
sehr vielen Zügen eingeführt worden. Wenn man bedenkt, daß die
Häufigkeit der Zugfrequenz es gestattet, von Berlin nach Hannover
in einem Tage hin- und zurückzureisen und in der Zwischenzeit
noch Geschäfte abzuwickeln, so wird man zugeben, daß eine solche
Verkehrserleichterung viel mehr werth ist als die Ermäßigung der
Tarife. Wir haben die dritte Klasse bei fast allen Schnellzügen
eingeführt, was in Oesterreich und Ungarn nicht der Fall ist. In
diesen Ländern, deren Verhältnisse zu den unserigen gar nicht
passen, werden meines Erachtens auch die bestehenden Tarife nicht
aufrecht erhalten werden können, und man erwägt schon jetzt dort,
ob nicht ein kleiner Zuschlag erhoben werden soll.

Die Einführung des Zonentarifs würde bei uns eine
wirthschaftliche Verdrängung zum Nachtheil der wirth-
schaftlich Schwachen, der kleinen Städte, der kleinen Ge-
werbetreibenden, der arbeitenden Klassen überhaupt herbeiführen.
(Sehr richtig! rechts.) Ich halte es nicht für wünschenswerth, daß
die Menschen sich noch mehr von der Heimath entwöhnen und auf
die Landstraße geführt werden (Bravo! rechts). Der Zonentarif
ist aber auch aus finanziellen Rücksichten nicht zu empfehlen.
Die Anhänger des Zonentarifs gehen von der falschen Voraus-
setzung aus, daß der große Verkehr sich auf den Fernverkehr er-
streckt. Das ist aber nicht der Fall. Der Hauptverkehr entfällt auf
einen nahen Verkehr. Es ist darum auch nicht anzunehmen, daß
der Fernverkehr durch Einführung des Zonentarifs erheblich
steigen wird. Das ist auch, wie der bayerische Ministerpräsident
in der bayerischen Abgeordnetenkammer ausführte, in Ungarn nicht
geschehen. Die Steigerung, die der Fernverkehr dort erreicht hat,
wäre auch ohne den Zonentarif erfolgt. Es ist auch nicht ganz
richtig, daß eine größere Ausnutzung der Wagenklassen stattfinden
würde. Das Publikum würde, wenn es nicht mehr so behaglich
und bequem reisen könnte, nach Vermehrung der Züge rufen.
Man möge auch bedenken, daß die Ausnutzung der Wagen zwar
auf gewissen Strecken eine sehr geringe ist, auf anderen aber eine
sehr große, man bedenke, daß die Ausnutzung auch von der Zeit
abhängt. Es wäre alles recht schön, wenn man die Leute veran-
lassen könnte, ihre Badereise im Winter statt im Sommer zu
machen, oder statt der Strecke Berlin-Röln irgend eine Strecke in
Westpreußen zu benutzen. Aber Publikum wird das nicht thun.
(Weiterkeit und Beifall rechts.) Die Einführung des Zonentarifs
würde demnach eine erhebliche Vermehrung der Züge mit sich
bringen und die Ausnutzung der Züge bis an die äußerste Grenze
ihrer Leistungsfähigkeit. Das würde sehr große Aufwendungen
verursachen.

Der Reformtarif meines Amtsvorgängers beabsichtigte zunächst
möglichst gleichmäßige Sätze und Bedingungen für den Personen-
verkehr in ganz Deutschland einzuführen, die Buntschichtigkeit zu
beseitigen, Ermäßigungen einzuführen, wo sie nothwendig erschienen,
das Verhältnis der Klassen zu einander den Verhältnissen ent-
sprechend zu gestalten und nicht mehr zeitgemäße Einrichtungen zu
beseitigen. Die Grundidee dieses Reformprojektes erkenne ich als
vernünftig an und würde gegen den bescheidenen Antrag Brömel
nichts einzuwenden haben, wenn derselbe nicht von vornherein jede
Tariferhöhung ausschließen würde. Das wäre nur durchzuführen
unter einem größeren finanziellen Risiko und nur unter Einver-
ständniß aller deutschen Staaten. Diese Klausel bitte ich also auf
jeden Fall abzulehnen. Ueber die Bedeutung und Wirkung seines
Antrages scheint Herr Brömel auch eine zu große Vorstellung zu
haben. Wir beabsichtigen ja keineswegs die Reform zu vertagen,
wir wollen weiter arbeiten, die Vorschläge prüfen und sie dann
dem Landesparlament unterbreiten; wir beabsichtigen auch nicht
hinter dem Rücken des Landtages zu arbeiten. Aber ich will den
Landtag nicht mit unreflexen Dingen befallen (Beifall rechts). Das
Reformprojekt meines Amtsvorgängers enthält ein finanzielles Ri-
siko von 51 Millionen, und selbst wenn man die Einnahmesteige-
rung aus dem Gepäckverkehr auf 10 Millionen berechnet, von 41
Millionen. Ein Ausgleich durch Steigerung des Verkehrs wird
doch geraume Zeit dauern und noch länger ein Ausgleich der durch
die Reform entstehenden Ausgabesteigerung.

Minister Dr. **Miauel** verwahrt sich dagegen, daß er als
Finanzminister auf den Eisenbahnminister eine Art Suggestion be-
züglich der Etatsaufstellung ausgeübt habe. Ein Finanzminister
würde unverantwortlich handeln, wenn er bewußt zu hohe Ein-
nahmen im Voranschlag ansetzt. Der Antrag Brömel ist für die
Beschlussfassung des Hauses und der Regierung unreflex; denn die
Ansichten über die Nothwendigkeit, ja über die Opportunität der
Tarifreform gehen sehr weit auseinander, und sie gehen noch weiter
auseinander über die Details, über welche vorher eine gründliche
Erörterung stattfinden muß, ehe man einen allgemeinen Beschluß
fassen kann.

Das Eisenbahngarantiegesetz hat seine Hauptauf-
gabe, die Grenzlinie zwischen Eisenbahnverwaltung und allgemeiner
Finanzverwaltung zu ziehen, nicht ganz erfüllt. Aber, wie das
gestern geschehen ist, von einer Risikowirtschaft der preussischen
Finanzverwaltung zu sprechen, dagegen muß ich entschieden pro-
testiren. Die Ueberführung des Privatbahnsystems in das Staats-
bahnsystem ist in so meisterhafter Weise erfolgt, daß dieser Akt ein
feiner Ruhmestitel der preussischen Verwaltung bleiben wird.

Bei der Reform der Tarife möge man stets auch das finan-
zielle Resultat berücksichtigen. Man rechnet bei einer Ermäßigung
der Tarife sogar auf höhere Einnahmen, aber diese wären doch
nur Bruttoeinnahmen, denen höhere Ausgaben gegenüberstehen.
Diese Mehrausgaben könnten sogar zu Mindereinnahmen führen.

Würde man eine vollständige Trennung der Eisen-
bahnverwaltung von der allgemeinen Finanz-
verwaltung herbeiführen, so käme man dazu, entweder die
Steuern zu erhöhen, oder das Ordinarium mit Anleihen zu belasten.
Gegen den letzteren Weg muß sich die Finanzverwaltung, gegen
den ersteren wird sich aber wohl das Abgeordnetenhaus wehren.
Wenn das Eisenbahngarantiegesetz nicht streng durchgeführt worden
ist, so lag das auch daran, daß fortwährend neue Verstaatlichungen
vorgenommen wurden, welche die Verhältnisse schwankend machten.
Jetzt sind wir an einen Ruhepunkt gelangt, und die Regierung
wird nun der Frage näher treten, wie ein befriedigendes Verhältnis
zwischen der Eisenbahnverwaltung und der allgemeinen Finanzver-
waltung herbeigeführt werden kann.

Abg. v. **Oppen** (konf.) glaubt, daß die Verkehrs-
erleichterungen der Landwirtschaft des Ostens durch Entsendung von Arbeitskräften
geschadet haben. Eine Abhilfe der landwirtschaftlichen Noth könne
heute nur durch eine Ermäßigung der Gütertarife erfolgen, indem
man die Beförderung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse nach
dem Westen erleichtere. Redner befragt sodann eine Petition
des landwirtschaftlichen Centralvereins seines Wahlbezirks auf
Ermäßigung der Tarife für künstliche Düngemittel. Wir im Osten
sind gegen jede Verbilligung der Personentarife gerade im Interesse
der kleinen Handwerker und Arbeiter. Die moderne Völkerwan-
derung wird durch die billigen Eisenbahntarife befördert. Die Ar-
beiter werden durch den höheren Baarlohn des Westens angelockt,
aber thätiglich kommen sie dort in Noth und fallen der Armen-
pflege anheim. Bei uns im Osten giebt es keine nothleidenden
Arbeiter, die Landwirtschaft des Ostens hat dafür gesorgt. Wir
wollen durch die Erhaltung der Tarife die Arbeiter davor bewahren,
noch mehr Gelegenheiten zu erhalten, in Noth zu kommen und Sozial-
demokraten zu werden. (Beifall rechts.)

Abg. **Brömel**: Ich habe keinem Minister vorgeworfen, daß

er Anträge im Etat einstellte, die er selbst für unrichtig hielt. Wenn
ich geglaubt hätte, daß ein Minister wider besseres Wissen ge-
handelt hätte, ich würde andere Ausdrücke gebraucht haben. Aus
meiner Rede geht hervor, daß ich ganz sachlich gesprochen habe.
Wenn auch schon 4,96 Proz. der Einnahmen erreicht sind, so bleibt
meine Behauptung doch richtig, daß der Voranschlag nach anderen
Grundsätzen erfolgt ist als früher. Ich verlange in meinem An-
trage doch nur das, was Minister v. Maybach zur Grundlage
seiner Verhandlungen mit Bayern machte. Das ist doch noch nicht
gehört worden, daß der Vorschlag eines Ministers unreflex genannt
worden ist. Dagegen muß ich mich auch verwahren, daß die Eisen-
bahnverwaltung nur wegen rechnungsmäßiger Ausfalls die Reform
nicht ausführen will. Man weiß, daß ein so rechnungsmäßiger
Ausfall sich thätiglich oft in eine Mehreinnahme verwandelt. Die
Thatsache kann doch der Minister nicht aus der Welt schaffen, daß
die Tarife für die dritte Klasse bei uns höher sind als anderswo,
die Tarife für die zweite und erste Klasse aber niedriger. Dem-
gegenüber kann man doch nicht die Vergünstigungen einführen, die
die dritte Klasse im Laufe der Zeit erfahren hat, diese Vergünsti-
gungen haben die höheren Klassen doch immer gehabt. Die große
Differenz bleibt also bestehen. Selen sie überzeugt, daß die Frage
der Reform des Personentarifs nicht von der Tagesordnung ver-
schwunden wird. Die Einführung des Zonentarifs habe ich nie
bekümmert, im Gegentheil ihn früher hier wie außerhalb des
Hauses bekämpft. Die preussische Eisenbahnverwaltung ist immer
dafür eingetreten, daß der arbeitenden Klasse der Verkehr erleichtert
würde. Und nun kommt der Minister und hält das Reisen sogar
für schädlich. Danach müßte er eine Erhöhung der Tarife ein-
führen.

Wenn die Arbeiter des Ostens wirklich gut genährt und gekleidet
sind, so begreife ich nicht, warum es ihnen an Arbeitern fehlt. Es
könnte ihnen doch nicht schwer fallen, Arbeiter zu bekommen.
(Aufe rechts: Woher?) Solche Vorschläge zu machen, bin ich nicht
berufen. Nun, ein durchschlagendes Mittel giebt es: Behandeln
Sie die Arbeiter anständig und bezahlen Sie gut. Wenn die Groß-
grundbesitzer gegen jede Verkehrs-
erleichterung und gegen die Aus-
wanderung sind, so würden sie doch auf den Erlaß eines Auswan-
dererverbots dringen, oder sie mögen die gesetzliche Verpflichtung
des Arbeiters herbeiführen, daß er bei seinem Herrn bleiben und
gegen geringen Lohn arbeiten müsse. (Heiterkeit.) In Bayern
war die Durchführung der Reform schon für das nächste Etatsjahr
in Aussicht genommen, und man wußte dort nichts von finanziellen
Bedenten. In Bayern wurde ein Antrag desselben Inhalts wie
der meinige einstimmig angenommen unter Zustimmung der Re-
gierung. Das Volk wird über die Stellung der preussischen Staats-
bahnverwaltung richtig zu urtheilen verstehen.

Abg. v. **Puttkamer-Plauth** (konf.): Der Redner hat uns
egoistische Motive vorgeworfen. Was würde er sagen, wenn ich
ihm unterstellen würde, daß er für Verkehrs-
erleichterungen stimme
zu Gunsten der Industrie. (Abg. **Brömel**: Ich bin Vertreter
des ganzen Volkes.) Ich mache ihm diese Unterstellung nicht, aber
auch wir müssen uns solche Unterstellungen verbitten. Herr Brömel
erblickt das Heil des Volkes nur darin, daß möglichst viel ge-
reißt und den Leuten möglichst viel Geld abgeknöpft werde. Ein
Beweis, wie viele Wohlthaten des Staatsbahnsystems gebracht habe,
liegt in dem sehr großen Unterschiede, der heute zwischen den Ein-
richtungen der noch nicht verstaatlichten Marienburg-Mlawkaer
Eisenbahn und den Staatsbahnen besteht. Wir sind nicht verkehrs-
feindlich, sondern wollen Alles vermeiden, was den unnatürlichen
Reiz zum Reisen vermehrt. Nicht bloß die Löhne sind schuld an
dem Weggange der Arbeiter, da kommt das Agententhum und die
Sucht nach Vergnügungen hinzu. Einer weiteren Herabsetzung der
Tarifsätze für die vierte Klasse können wir nicht zustimmen, wenn
wir auch Nichts dagegen haben, daß die Tarife für die zweite und
erste Klasse erhöht werden. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Sammacher**: Ich bitte Sie, den Antrag Brömel
genau zu erwägen, weil er geeignet ist, die unklare Lage des Ver-
hältnisses zwischen Eisenbahn- und Finanzverwaltung aufzuklären.
Nach mir vorliegenden Notizen hat sich der Verkehr auf den ungar-
ischen Bahnen seit Einführung des Zonentarifs um das Dreifache
gehoben, die Einnahmen sind in höherem Maße gestiegen als die
Ausgaben. Nun berechnet ja die Regierung, daß die Einführung
des Zonentarifs in Preußen einen Ausfall von 51 Millionen zur
Folge haben würde. Diese Angaben, in Vergleich gezogen mit den
Ergebnissen in Ungarn, muß uns doch darin bestärken, die Frage
genau zu erörtern, und ich beantrage, den Antrag Brömel an die
verstärkte Budgetkommission zu verweisen.

Eisenbahnminister **Thielen**: Mein Amtsvorgänger hat selbst
sein Projekt noch nicht für reif angesehen, was die Veröffentlichung
desselben im „Reichsanzeiger“ und seine Ueberweisung an die Be-
zirkeisenbahnräthe beweisen. Mit den deutschen Bundesregierun-
gen ist nicht auf Grund dieses Projektes verhandelt worden. Ich
habe in meiner Rede auch nicht gemeint, daß ich von keiner Ver-
kehrs-
erleichterung etwas wissen wolle, sonder nur, daß ich gegen
radikale Steigerung des Fernverkehrs bin.

Abg. **Brömel**: Ich habe die Gründe für die Reform der
Tarife durchaus objektiv erwogen, und Vertreter aller Parteien
haben das bisher anerkannt. Man kann doch nicht wegen der Inter-
essen der Arbeiter des Ostens Reformen verhindern. Wir sind Ver-
treter des ganzen Volkes.

Abg. **Steffens** (kf.) führt aus, daß die Verhältnisse auf der
verstaatlichten Ostbahn mindestens ebenso schlechte sind als die auf
der nicht verstaatlichten Marienburg-Mlawkaer.

Abg. **Gerlich** (frk.) führt ebenso wie Abg. v. Puttkamer das
Interesse der Landwirtschaft des Ostens gegen Personentarif-
reformen ins Feld. Redner regt eine Begrenzung des in der
IV. Klasse mitzunehmenden Gepäcks, sowie eine Aufhebung der
Bestimmungen an, nach denen ganze Arbeiterwaggons vierter Klasse
zu ermäßigten Preisen den Arbeitern zur Verfügung gestellt werden.

Abg. **Speulich** (Ztr.) erklärt sich gegen jede Erhöhung der
Benutzung der vierten Wagenklasse. Eine Ueberweisung des An-
trages an die Budgetkommission würde keinen Zweck haben.

Darauf wird St. 1 angenommen und der Antrag
Brömel gegen die Stimmen der Freisinnigen abgelehnt.

Das Haus vertagt sodann die weitere Berathung auf
Sonnenabend 11 Uhr.

Schluß 3/4 Uhr.

Deutschland.

□ **Berlin**, 19. Febr. Die Erwartung, daß die
preussische Staats-Eisenbahn-Verwaltung sich doch noch
zum Zonentarif bekehren könnte, ist nach der heutigen Rede
des Ministers Thielen ein für allemal hinfällig geworden,
wenigstens so lange dieser Minister seines Amtes waltet, oder
besser, so lange die Grundsätze in Kraft sein werden, die das
Maybachsche Regiment überliefert hat, und deren starke Nach-
wirkung nicht sobald verschwinden wird. Das österreichische
Beispiel lehnt Minister Thielen als für uns unpassend überhaupt
grundsätzlich ab. Darüber ließe sich vielleicht reden. Die Ver-
hältnisse liegen in der That bei uns anders, und eine Reihe
von Vortheilen, die die Eisenbahn-Verwaltungen im Donau-
reiche von der Reform gehabt haben, würden bei uns zum

mindesten nicht in derselben Weise zu erhoffen sein, einfach, weil
unser Eisenbahnwesen an und für sich bereits entwickelter ist.
Aber es ist auch niemals, abgesehen von vereinzelten ausstürmi-
schen Eisenern, behauptet worden, daß die Uebertragung des Zonen-
tarifs auf Preußen-Deutschland wie innerhalb einer arithmetischen
Gleichung dieselben ziffermäßig herauszurechnenden Ergebnisse
haben werde. Nur das Eine ist stets behauptet worden und
stützt sich auf die besten Gründe, daß jede Befreiung des Ver-
kehrs von hemmenden Fesseln eine Steigerung des Verkehrs
und damit nach anfänglichen Einbußen auch eine Steigerung
der Einnahmen zur Folge haben muß. Daß sich die Bewegung
bei uns in anderen Formen als in Oesterreich-Ungarn voll-
ziehen würde, ist sicher, aber daß sie in ihrem Effekt zu ähn-
lichen Ergebnissen führen müßten, ist nicht weniger sicher. Es
sind denn auch, wie Minister Thielen offen zugab, nicht so-
wohl wirthschaftliche und verkehrstechnische Gründe, aus denen
er und mit ihm offenbar seine Kollegen vom Staatsministe-
rium der vorgeschlagenen Reform widerstreben, sondern es sind
Gründe allgemein politischer Natur. Den Zonentarif an und
für sich würde Jeder, dem es mit der Reform unseres Eisen-
bahnwesens ernst ist, gern preisgeben, wenn überhaupt nur
eine Verbilligung des Verkehrs erzielt werden könnte. Wir
unsererseits gestehen, daß uns eine Herabsetzung der Kilometer-
tarife sympathischer ist, als die Gleichmacherei des Zonentarifs,
der um das Bedenkliche an Ungerechtigkeiten innerhalb des
Systems nicht herumkommen kann. Der Eisenbahnminister
hat nun allerdings eine Reform der Tarife in Aussicht ge-
stellt, aber unter dem lebhaften Beifall der Rechten führte er
aus, daß die Folge einer solchen Verbilligung eine erhebliche
Verschiebung in unseren wirthschaftlichen Verhältnissen zum
Nachtheile der Schwachen, zum Nachtheile der dünnbevölkerten
Gegenden, der kleinen Städte, der kleinen Gewerbetreibenden
und auch der arbeitenden Klassen wäre. Eine weitere Ent-
völkerung des Ostens, einen weiteren ungesunden Zuzug in die
Großstädte befürchtet der Minister von der empfohlenen Re-
form. Das sind dieselben Gedanken, nicht einmal in wesent-
lich anderer Gestalt, wie sie die Konservativen zum Ueberdruß
oft ausgesprochen haben. Wie gestern Herr von Puttkamer-
Plauth und heute Herr von Oppen, so erklärte Herr Thielen,
es sei kein wünschenswerther Zustand, daß die Menschen noch
mehr als jetzt der Heimath entwöhnt werden und auf der
Landstraße liegen. Ganz derselben Meinung war die konser-
vativ-kerikale Mehrheit, die den Antrag Brömel auf Tarif-
reform rundweg ablehnte, obwohl der Minister selber zugestan-
den hatte, daß der Antrag sich nur in bescheidenen Grenzen
halte.

Der Bundesrath arbeitet mit großem Eifer an dem
Checkgesetz, auf dessen Zustandekommen die Reichsregierung
besonderen Werth legt, namentlich aber das Direktorium der
Reichsbank. Trotzdem wird bezweifelt, ob das Gesetz recht-
zeitig an den Reichstag wird gelangen können, denn man
arbeitet andererseits mit aller Macht darauf hin, daß unter
Wegfall verschiedener Gesetzentwürfe die Reichstags-Session
vor Ostern geschlossen werden kann. Auf das Trunk-
fuchts-gesetz wird, wie die „Magd. Ztg.“ meldet, Verzicht
geleistet werden.

Die Regierung zu Arnberg versendet soeben eine
Verfügung an die Kreis-
schulinspektoren, welche die fortlaufende
Mitwirkung der Lehrer an der Tagespresse betrifft.
Die Verfügung erinnert an zwei Regierungserlasse vom Jahre
1839 und 1841, welche besagen, daß den Lehrern nur die
Uebernahme solcher Nebenbeschäftigungen gestattet werden soll,
deren Verrichtung dem Amte und der Würde eines Lehrers
keinen Eintrag thut und ihn seinem nächsten Verufe nicht ent-
fremdet. Da die Mitwirkung der Lehrer an der Tagespresse
in der Regel und zugestandenermaßen gegen ein entsprechendes
Entgelt, sei es durch Baarzahlung, sei es in anderer Weise,
geübt werde, so sei diese Thätigkeit auch als eine nebenamtliche
Beschäftigung im Sinne der bestehenden Bestimmungen anzu-
sehen. Es heißt dann nach der „Köln. Ztg.“ wörtlich in der
Verfügung:

„Je weniger es nun in unserer Absicht liegen kann, den Leh-
rern die Erörterung sachmännischer Fragen oder die Mittheilung
belangreicher Wahrnehmungen und Erfahrungen in den einschlä-
gigen Blättern zu versagen oder ihnen die Mitwirkung an der
Hebung religiöser und vaterländischer Gemüths-
sinnung zu verschränken, um so entschiedener wird der nebenamtlichen Thätigkeit eines jeden
Staatsbeamten dann entgegenzutreten sein, wenn dieselbe sich ent-
weder in einen ausgesprochenen Gegensatz zu den
vorgedachten Bestrebungen setzt oder ausschließlich auf die Herbe-
schaffung und Ausbeutung von Tagesneuigkeiten abzielt und sich
zu diesem Behufe auf die Anwendung von Mitteln angewiesen
sieht, welche eben so wenig mit dem Amte wie mit der gesamten
Stellung eines Lehrers vereinbar sind.“

In unseren Tagen, wo die Empfindungen des preussischen
Lehrerstandes durch das neue Volksschulgesetz aufs höchste er-
regt sind, sollten wenigstens keine Verfügungen erlassen werden,
die in Lehrerkreisen Erbitterung hervorrufen werden. Man
sollte auch den Schein vermeiden, als wolle man den Lehrern
durch Einschüchterungsversuche das Recht der freien Meinungs-
äußerung verkümmern. Hält man aber diese Verfügung mit
derjenigen des Regierungspräsidenten zu Frankfurt a. D. zu-
sammen, so drängt sich der Argwohn auf, als versuche man,
die Erregung der Lehrerkreise aus der großen Deffentlichkeit
in die Brust des armen Lehrers zurückzudrängen, in die ja
die Schulvorlage auch den Kampf zwischen Staat und Kirche
verlegt. Die Verfügung der Arnberger Regierung legt jeden-
falls die Empfindung nahe, daß die Mitarbeit der Lehrer an
der Tagespresse nur dann als zulässig betrachtet werden soll,
wenn sie im Einklang mit den wechselnden Anschauungen der
jeweiligen Regierungspolitik steht.

Aus Bayern, 18. Febr. Gegen das Alters- und
Invaliditätsgesetz hat nach dem „Frank. Cour.“ die be-
treffende, von Seiten der freisinnigen Partei in Bayern in Umlauf
gesetzte Petition schon circa 101 000 Unterschriften erhalten.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien, 19. Febr.** Zu dem dem Reichsrathe vorgelegten Gesetzentwurf betreffend die Steuerreform wird die bestehende Erwerbsteuer und Einkommensteuer durch eine Erwerbsteuer, eine Besoldungssteuer, eine Rentensteuer und eine allgemeine Personaleinkommensteuer mit einem Existenzminimum von 600 Fl. und einer Progressionsstala 0,6 bis 4 Prozent ersetzt. Der Mehrertrag der ersten zwei Jahre soll zu Steuernachlässen, nach zwei Jahren zu einer endgültigen Ermäßigung der Grundsteuer und der Gebäudesteuer, der Erwerbsteuer mit Ausnahme der von Aktien-Gesellschaften zu entrichtenden, und für das Gewerbe im Umherziehen verwendet werden. Die Erwerbsteuer für Aktiengesellschaften bleibt ungefähr der bisherigen gleich. Im Uebrigen wird bei der Erwerbsteuer zwischen der Stadt Wien, Orten unter 1000 Einwohnern, Orten mit 1000 bis 10 000 Einwohnern und Orten über 10 000 Einwohnern unterschieden. Von der Rentensteuer befreit sind die Zinsen von Staatsobligationen, durch Spezialgesetze von Steuern befreite Zinsen und Renten und Spareinlagen unter 525 Fl. Die Rentensteuer beträgt für ständliche und öffentliche Handelsobligationen 10, im Uebrigen 2 Prozent. Die Personaleinkommensteuer läßt einen Abzug von 25 Fl. für jedes Kind zu, soweit deren Zahl 2 in den größeren Städten und 4 in kleineren Orten übersteigt. Die Regierung erwartet von der Personaleinkommensteuer einen Ertrag von 11,5 bis 17,5 Millionen, wovon 10,4 bis 16,1 Millionen zu den erwähnten Steuernachlässen verfügbar sind.

Wien, 19. Febr. (Abgeordnetenhaus.) Der Finanzminister Steinbach führte heute in seinem Exposé zu der Steuerreformvorlage aus, die Ziele der Reform seien: gerechte Ausgleichung der Steuerlast durch Heranziehung der bisher der Steuerleistung nicht unterworfenen Elemente, eine bessere Steuerabstufung nach der tatsächlichen Leistungsfähigkeit, Entlastung der bisher überbürdeten, insbesondere der wirtschaftlich Schwachen und Bedürftigen. Durch die Reform solle auch die stark zurückgebliebene Steuermoral gehoben und der Bevölkerung Ehrlichkeit bei den Steuererklärungen möglich gemacht werden. Bei der Reform handle es sich um eine andere Verteilung bereits bestehender Lasten, nicht um neue Opfer. (Lebhafter Beifall.)

Frankreich.

Ueber die plötzlich in Frankreich ausgebrochene Ministerkrisis liegen folgende Depeschen vor:

Paris, 19. Febr. Nach einem heute im Kriegsministerium stattgehabten Ministerrathe, welcher 1 1/4 Stunde dauerte, begaben sich die Minister nach Erwägung der verschiedenen Eventualitäten in das Palais Elisee, um die Demission des gesammten Kabinetts zu überreichen. Die Konferenz der Minister mit dem Präsidenten Carnot endete gegen 5 1/4 Uhr Nachmittags. Carnot nahm die Demission des Kabinetts an.

Paris, 19. Febr. Die eingetretene Kabinettskrisis kam völlig unvermuthet zum Ausbruch. Von den 304 Abgeordneten, welche gegen die von der Regierung genehmigte Tagesordnung stimmten, gehören 194 den Radikalen, die Uebrigen der Rechten an. Das Resultat der Abstimmung ist in Folge der Taktik der Rechten, die die Kammer zu einer Reihe negativer Beschlüsse veranlaßte. In den Wandelgängen der Kammer gab man sich unmittelbar nach dem Schlusse der Sitzung keinerlei Zweifel darüber hin, daß die Bildung eines neuen Kabinetts eine sehr schwierige sein würde, da die Kammer bei der Koalition der Rechten bald mit den gemäß. Republikanern, bald mit den Radikalen für die Zusammenziehung der neuen Regierung keinerlei Rücksicht gegeben habe. Die Radikalen rechneten auf eine von Bichon beantragte Tagesordnung, erlangten aber nur eine Stimmenzahl von 191, die nicht ausreichte, um darauf hin aus ihren Reihen allein ein neues Kabinet zu bilden. Die Tagesordnung Bichon besagte, es sei notwendig, den Kampf der staatlichen Macht gegen die Kirche fortzusetzen. Diese Tagesordnung wurde von Clemenceau lebhaft befürwortet, der sich in langer Rede auf's Entschiedenste gegen einen Ausgleich mit den Katholiken ausdrückte.

Dem gestrigen parlamentarischen Diner im Elisee wohnten sämtliche Minister bei.

Paris, 19. Febr. Alle Journale besprechen die Demission des Kabinetts. Die gemäßigten Blätter heben hervor, daß Ministerium trete nicht in Folge eines seiner Politik entgegengegesetzten Votums ab, sondern in Folge des von der Kammer gegebenen Beweises von Zerfahrenheit und vollständiger Ohnmacht. Die Kammer habe sämtliche Tagesordnungen und Anträge abgelehnt. Der Präsident Carnot finde also keine Majorität vor, aus welcher er der Verfassung gemäß ein Ministerium bilden könne. Die einzige Lösung der Krise wäre logischerweise die Auflösung der Kammer. Die radikalen Blätter erklären mit Befriedigung, nunmehr sei der Kampf zwischen der Kirche und der Republik offen aufgenommen. Die konservativen Zeitungen gratuliren der Rechten, daß sie sich nicht dazu hergegeben habe, das Ministerium nochmals zu halten.

Paris, 19. Febr. Die Meldungen der Journale über die Kabinettskrisis lassen die Situation als vollständig verworren erscheinen. Diese Auffassung giebt sich auch darin kund, daß weder seitens einer der leitenden parlamentarischen Persönlichkeiten noch von einem der hervorragenden Organe irgend eine neue Ministerkombination als ernsthaft oder nur möglich in Erwägung gezogen wird. Mehrfach wird geglaubt, das Ministerium Freycinet werde schließlich bleiben und nur eine Rekonstruktion vornehmen. Man nimmt an, nur Constans und Fallières würden austreten. Mehrere Blätter melden, hohe militärische Würdenträger hätten bei Freycinet Schritte unternommen, um ihn zu bewegen seine Demission zurückzuziehen, da sein Rücktritt von der Armee als großer Verlust empfunden würde.

Telegraphische Nachrichten.

Köln, 19. Febr. Von dem heute früh 5 Uhr 19 Min. hier fälligen Pariser Schnellzug entgleisten um 4 1/2 Uhr früh auf dem Bahnhofe Buir bei Düren 4 Wagen; Personen wurden nicht verletzt.

Wien, 19. Febr. Das Abgeordnetenhaus nahm den Weltpostvertrag an und empfahl der Regierung mehrere Petitionen betreffend den Ausbau böhmischer Localbahnen, darunter der Linie Karlsbad-Landesgrenze zur Würdigung. Eine Resolution betreffend den Ausbau der böhmisch-mährischen Transversalbahn Tachau-Plan wurde angenommen.

Petersburg, 19. Febr. Ein heute veröffentlichtes Gehej unterstellte die Umfänge der Eisenbahnliesen Drenburg, Zwanigorod-Dombrowo, Drel-Griashy, Riga-Dünaburg, Koslow-Woronesch-Kostow und Griashy-Zarizyn der unmittelbaren Kontrolle der Regierung.

Ein anderes heute amtlich veröffentlichtes Gehej belegt das russische Quecksilber und den daraus hergestellten Zinnober mit einer Montansteuer von 50 bzw. 45 Kopelen pro Pud.

Das Amtsblatt publicirt ferner eine neue Klassifikation der russischen Kriegsschiffe, wonach die Panzerschiffe in Hochsee-

und Küstenverteidigungsschiffe, die Kreuzer in zwei Klassen und die Kanonenboote in Hochsee- und Küstenverteidigungs-Kanonenboote eingetheilt werden.

Rom, 19. Febr. Mit Ausnahme einiger im Justizpalaste beschäftigter Marmor-Arbeiter waren heute auf sämtlichen Arbeitsplätzen die Arbeiter erschienen. In der letzten Nacht wurden einige notorische Agitatoren verhaftet.

Genua, 19. Febr. Das metallurgische Etablissement von Rocollo in St. Pier d'Arina wurde durch eine Feuersbrunst zerstört. 300 Arbeiter wurden dadurch arbeitslos.

Paris, 19. Febr. Zwischen dem ehemaligen Unter-Präsidenten Jsaac und dem antisemitischen Journalisten Drumont fand heute wegen einer in dem jüngsten Werke Drumonts enthaltenen Beleidigung Jsaacs ein Duell statt, bei welchem beide Duellanten Verwundungen erhielten.

Athen, 19. Febr. Die Kommission der Kammer stellte in der Angelegenheit der Veretzung des früheren Kabinetts Trikupsis in den Anklagezustand den Antrag, daß die Kammer wegen Verwendung des Eisenbahnanslehens Piräus-Larissa und wegen Nichtausführung richterlicher Erkenntnisse Anklage erhebe. Die Verhandlung hierüber findet am Montag statt. Die Opposition hielt sich von der ersten Lesung der Finanzvorschlüge des Kabinetts fern.

Belgrad, 18. Febr. (Stupschina.) Bei der Verhandlung über das Budget des Kriegsministeriums griff die Opposition die Regierung heftig an und beschuldigte dieselbe, daß sie ihre Anhänger belohnen und den Parteikampf in die Armee übertragen wolle. Die radikalen Dissidenten machten dem Kriegsminister den Vorwurf, daß er Anhänger der Liberalen sei. Der Kriegsminister erwiderte, er sei Soldat, thue seine Pflicht und müsse den ihm gemachten Vorwurf zurückweisen. Morgen soll über die Verzicht-Erklärung Milans verhandelt werden.

Angelommene Fremde.

Posen, 20. Februar.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Kaufleute Jacobi a. Breslau, Lebrecht a. Mainz, Brede a. Bremen, Schiffer u. Wiegler a. Grlitz, Voit a. Frankfurt a. M., Fürstenheim, Schaefer, Rector u. Dittrich a. Berlin, Bandlin a. Straßburg, Coopmann a. Solingen, Gansil a. Hamburg, Butatsch a. Brzybroda, Fischer a. Magdeburg, Schubert a. Lipee, Schlupp a. Aachen, Ripper aus Stettin, Oberamtmann Grünthal a. Grabis, die Rittergutsbesitzer Sarrazin a. Urbante, Jrl. Born a. Göra, Hoffmann a. Ludom, Frau Lazarus u. Tochter a. Krotoschin.

Mvunas Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Die Rittergutsbesitzer Mittm. v. Blücher a. Ostrowitt, v. Treskow a. Lechlitz, Fischer a. Frauengarten u. Frau v. Bernuth a. Borowo, Landwirth v. Gerlach a. Altenhof, Referendar v. Buttamer a. Deutsch Carstenis, Privatier Staar a. Brandenburg, Fabrikant Janien aus Hamburg, die Kaufleute Cohen, Eißler a. Berlin, Kühne a. Stettin, Holzinger a. Lübeck, Schulze a. Greiz, Fürst a. Kratau, Leising a. Magdeburg, Fräul. Kuzulka a. Breslau.

Keilers Hotel zum Englischen Hof. Die Kaufleute Aber, Frau Cohn u. Jrl. Cohn a. Breslau, Wechselmann u. Feibel aus Berlin, Wreßner a. Dornik, die Frauen Cohn, Schaul u. Feige a. Kempen, Freimann a. Leipzig, Neufeld a. Grimma in Sachsen. Stern's Hotel de l'Europe. Schriftsteller Schiffood a. Berlin, Dr. phil. Stein ja. Insterburg, die Rittergutsbesitzer v. Niezabtomski a. Mersitz, v. Stableniski, v. Potworowski a. Jaraczewo, v. Węsierski a. Podrzeczje, v. Oelsowski a. Kuffinowo.

Hotel Bellevue. H. Goldbach. Die Kaufleute Schmidt a. Frankfurt a. O., Witte a. Leipzig, Engel a. Reichenstein, Wiener a. Breslau, Mobergen a. Hannover und Cohn a. Aachen, Konditor Zimmermann a. Danzig, Volonteur Büttner a. Grunzig, Rentant Bahle a. Biedrusko, Gutssekretär Schulz a. Seehelm b. Baf, die Gutsbesitzer Budatsch a. Dlexin und Budatsch a. Hüneren.

Georg Müller's Hotel. Altes Deutsches Haus. (R. Heyne.) Die Kaufleute Otto aus Neustadt i. Schl., Steinis aus Breslau, Fischer, Kublanf und Hofrichter aus Berlin, Rosenbergs aus Wiselors, Ernst aus Lods, Ingenieur Wischermann aus Stettin, Fabrik. Jkmann a. Hannover, Rentier Davidjohn a. Thorn.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“ vormals Langner's Hotel. Rittergutsbesitzer Buchowski u. Frau a. Pomorzant, Rector Schröder a. Pinne, die Kaufleute Nitser a. Stettin, Nerger a. Dresden. Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Busch u. Gruschwitz a. Breslau, Kann a. Berlin, Gehrt a. Danzig, Hecht a. Köln.

Handel und Verkehr.

** **Berlin, 18. Febr.** Wochenübersicht der Reichsbank vom 15. Februar.

Aktiva.	
1) Metallbestand (der Bestand an coursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) das Pfund fein zu 1392 Mark berechnet.	970 985 000 Zun. 1 756 000
2) Best. an Reichsstaffens.	23 252 000 Zun. 1 362 000
3) do. Noten anderer Banken	11 423 000 Zun. 1 997 000
4) do. an Wechseln	491 819 000 Zun. 270 000
5) do. an Lombardforderung.	84 391 000 Abn. 4 046 000
6) do. an Effekten	2 655 000 Zun. 295 000
7) do. an sonstigen Aktiven	33 098 000 Zun. 156 000

Passiva.	
8) das Grundkapital	120 000 000 unberändert
9) der Reservefonds	29 003 000 unberändert
10) d. Betr. d. umlauf. Not.	925 040 000 Abn. 33 660 000
11) der sonst. tägl. fälligen Verbindlichkeiten	520 343 000 Zun. 29 215 000
12) die sonstigen Passiva	5 316 000 Zun. 4 595 000

** **Wien, 16. Febr.** Ausweis der Südbahn in der Woche vom 5. bis 11. Febr. 602 449 Fl. Mindereinnahme 134 338 Fl.

** **Bradford, 18. Febr.** Kreuzzuchten ziemlich fest, andere Sorten matt; Stoffe gedrückt.

** **London, 18. Febr.** Wollauktion. Preise unregelmäßig, träge Btheiligung. Die Auktion schließt zu niedrigsten Preisen gegenwärtiger Serie.

** **Newyork, 18. Febr.** Die Börse eröffnete mit etwas höheren Kursen, wurde später schwankend; Schluß fest. Der Umsatz der Aktien betrug 313 000 Stück. Der Silbervorrath wird auf 3 700 000 Unzen geschätzt. Die Silberverkäufe betrugen 36 000 Unzen.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 19. Febr.	Morgens 2,94 Meter.
= = 19.	Mittags 2,90 =
= = 21.	Morgens 2,94 =

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1892.

Datum.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad.
19. Nachm. 2	749,5	S frisch	zieml. heiter	- 0,4
19. Abends 9	751,1	ND mäßig	trübe	- 2,5
20. Morgs. 7	750,3	D frisch	halbheiter	- 0,4
Am 19. Febr.	Wärme-Maximum	-	0,4° Cel.	-
Am 19.	Wärme-Minimum	-	6,5° =	-

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Hamburg, 19. Febr. Still, aber fest. Gold in Barren pr. Kilo 2786 Br., 2782 Gd. Silber in Barren pr. Kilo 121,25 Br., 120,75 Gd. **Breslau, 19. Febr.** (Schlußkurse.) Schwach. Neue 3proz. Reichsanleihe 84,00, 3 1/2proz. L.-Pfundbr. 96,90, Konfol. Türken 18,15, Türkl. Looje 74,00, 4proz. ung. Goldrente 92,50, Bresl. Distontobant 93,25, Breslauer Wechselbant 95,00, Kreditaktien 169,00, Schles. Bankverein 109,50, Donnerstagsrente 77,25, Flöthner Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 121,00, Oberösterreich. Eisenbahn 54,25, Oberösterreich. Portland-Zement 96,00, Schles. Cement 133,00, Oppeln. Zement 103,25, Schles. Dampf. C. —, Kramka 116,65, Schles. Zinkaktien 186,50, Laurahütte 104,00, Verein. Delfabr. 88,50, Oesterreich. Banknoten 172,90, Russ. Banknoten 201,25, Gieseler Cement 104,00.

Frankfurt a. M., 19. Febr. (Schlußkurse.) Schwach. Lomb. Wechsel 20,402, 4proz. Reichsanleihe 106,80, österr. Silberrente 88,80, 4 1/2proz. Papierrente 81,30, do. 4proz. Goldrente 95,50, 1860er Looje 124,40, 4proz. ungar. Goldrente 92,30, Italiener 89,50, 1880er Russen 92,30, 3. Orientanl. 63,70, unifiz. Egypter 95,10, konv. Türken 18,00, 4proz. türk. Anl. 82,50, 3proz. port. Anl. 27,90, 5proz. serb. Rente 77,60, 5proz. amort. Rumänier 96,40, 6proz. Konfol. Mexik. 79,30, Böhm. Weich. 304 3/8, Böhm. Nordbahn 157 1/2, Franzosen 250, Galizier 182 1/2, Gotthardbahn 136,30, Lombarden 77 1/2, Lübeck-Büchen 147,00, Nordwestbahn 178 1/2, Kreditaktien 262 1/2, Darmstädter 123,80, Mittelb. Kredit 97,00, Reichsb. 146,60, Dist. Kommandit 180,40, Dresdner Bank 132,70, Pariser Wechsel 80,95, Wiener Wechsel 172,20, serbische Tabakrente 78,50, Bochum. Gußstahl 110,50, Dortmund. Union 57,70, Harpener Bergwerk 138,50, Sibiria 124,00, 4proz. Spanier 60,30, Mainzer 112,60. Privatdiskont 2 1/2 Proz.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 262 1/2, Dist. Kommandit 180,60, Bochumer Gußstahl —, Harpener —, Lombarden Darmstädter —.

Wien, 19. Febr. (Schlußkurse.) Auf französische Ministerkrisis und laues Glasgow anfangs schwach, später besser auf Plazkäufe in Staatsbahnaktien.

Oester. 4 1/2% Papirer. 94,50, do. 5proz. 102,75, do. Silber. 94,00, do. Goldrente 111,25, 4proz. ungar. Goldrente 107,45, 5proz. do. Papirer. 102,40, Länderbant 203,40, österr. Kreditakt. 306,75, ungar. Kreditaktien 340,00, Wien. Wt.-B. 112,00, Elbethalbahn 225,75, Galizier 211,50, Lemberg-Cernowitz 246,00, Lombarden 87,25, Nordwestbahn 208,50, Tabakaktien 162,50, Napoleons 9,39, Marktnoten 57,95, Russ. Banknoten 1,16 1/2, Silbercoupons 100,00, Bulg. garische Anleihe —.

London, 19. Febr. (Schlußkurse.) Sich bessernd. Engl. 2 1/2proz. Consols 95 1/8, Preuß. 4 prozent. Consols 105, Italien. 5proz. Rente 88 1/2, Lombarden 8 3/8, 4 prozent. 1889 Russen II. Serie 92 1/2, konv. Türken 18 1/8, österr. Silber. 79, österr. Goldrente 96, 4proz. ungar. Goldrente 91 1/2, 4prozent. Spanier 61 1/2, 3 1/2proz. Egypter 88, 4 prozent. unifiz. Egypter 94 1/2, 4 prozent. gar. Egypter —, 4 1/2proz. Tribut-Anl. 92 1/2, 6proz. Mexik. 80 1/2, Ottomanbant 11 1/2, Suezaktien —, Canada Pacific 91 1/2, De Beers neue 14 1/2, Plazdiskont 2 1/2. Rio Tinto 16 1/2, 4proz. Rupees 69 1/8, 5proz. Argent. Gold-Anleihe von 1886 60 1/2, Argentin. 4 1/2proz. äußere Goldanleihe 29 1/2, Neue 3proz. Reichsanleihe 84 1/2, Silber 41 1/2.

Buenos-Ayres, 18. Febr. Goldagio 252,00. **Rio de Janeiro, 18. Febr.** Wechsel auf London 12 1/2.

Produkten-Kurse.

Köln, 19. Febr. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 23,00, do. fremder loco 23,50, p. März 22,20, p. Mai 22,20. Roggen hiesiger loco 23,00, fremder loco 24,75, p. März 23,20, per Mai 23,20. Hafer hiesiger loco 15,00, fremder —. Rüböl loco 61,50, p. Mai 57,50, p. Oktober 56,20. — Wetter: Frost.

Bremen, 19. Febr. (Kurse des Effekten- u. Makler-Vereins, 5proz. Nordb. W.-Kammerlei- und Kammergarn-Spinnerei-Aktien — Br., 5proz. Nordb. Lloyd-Aktien 97 1/2 Gd.)

Bremen, 19. Febr. (Börsen- u. Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleumbörse.) Fasszollfrei. Fest, aber ruhig. Loco 6,55 Br.

Baumwolle. Niedriger. Upland middl., loco 36 1/2 Pf., Upland Bafis middl., nichts unter loco middl., auf Terminlieferung, Febr. 36 1/2 Pf., März 36 1/2 Pf., April 36 1/2 Pf., Mai 36 1/2 Pf., Juni 37 1/2 Pf., Juli 37 1/2 Pf. Schmalz. Fester. Wilcox — Pf., Armour 35 Pf., Robe — Pf., Fairbanks 32 Pf.

Wolle. 193 Ballen Cav. — Ballen Natal, 53 Ballen Buenos Ayres, — Ballen Austral, 39 Ballen Rammlinge. Speck hohr clear middl. Fest 33.

Hamburg, 19. Febr. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holst. loco neuer 212—220. — Roggen loco fest, mecklenb. loco neuer 218—230, russ. loco fest, neuer 190—195. Hafer fest. Gerste ruhig. Rüböl (unverz.) ruhig, loco 58,00. Spiritus behpt., per Febr.-März 35 1/2 Br., per März-April 35 1/2 Br., p. April-Mai 36 Br., per Mai-Juni 36 1/2 Br. — Kaffee ruhig. Umfak 2000 Sad. — Petroleum ruhig, Standard white loco 6,30 Br., p. März 6,15 Br. — Wetter: Brachtwoll.

Hamburg, 19. Febr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 68, per Mai 67 1/2, per Juli 64 1/2, pr. Nov. 62 1/2. Behauptet.

Hamburg, 19. Febr. Zudermarkt (Schlußbericht.) Rüben-Rohzuder I. Produkt Bafis 88 pCt. Rendement neue Ulanee, frei an Bord Hamburg v. Febr. 14,45, p. März 14,60, p. Mai 14,92 1/2, p. August 15,25. Ruhig.

Fest, 19. Febr. Produktenmarkt. Weizen loco fest, per Frühjahr 10,53 Gd., 10,55 Br., per Herbst 9,38 Gd., 9,40 Br. Hafer v. Frühjahr 6,01 Gd., 6,03 Br. — Neu-Mais p. Mai-Juni 5,48 Gd., 5,50 Br. — Rohltraps v. Aug.-Sept. 13,30 Gd., 13,40 Br. — Wetter: Schön.

Paris, 19. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, p. Februar 26,10, p. März 26,30, a. März-Juni 26,60, p. Mai-August 27,10. — Roggen ruhig, per Februar 19,20, per Mai-Aug. 19,20. — Wehl ruhig, p. Febr. 56,20, p. März 56,90, p. März-Juni 57,60, p. Mai-Aug. 58,20. — Rüböl ruhig, p. Febr. 56,25, p. März 56,75, p. März-Juni 57,25, pr. Mai-Aug. 58,00. — Spiritus ruhig, p. Febr. 47,25, p. März 47,00, p. März-April 46,75, p. Mai-August 46,00. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 19. Febr. (Schlußbericht.) Rohzuder ruhig, 88 pCt. loco 39,00. Weiser Zuder behpt., Nr. 3 per 100 Kilo v. Febr. 40,75, p. März 41,12 1/2, p. März-Juni 41,50, p. Mai-August 42,00.

